Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 60 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 218. Sonnabend den 6. August 1881. 75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 7. August, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Kroske, Heinrich, Maurer aus Seeburg, Kreis Osterode, Provinz Hannover, zuletzt hier, Windmühlenstraße 7, wird andurch vorgeladen, behufs seiner Vernehmung als Zeuge sofort hier sich zu melden oder doch seinen Aufenthaltsort anzuzeigen.

Leipzig, den 4. August 1881.

Königliche Staatsanwaltschaft Leipzig.
Schwabe.

Obstverpachtung.

Die diesjährige **Aepfel-, Birnen- und Pflaumennutzung** an nachbenannten fiskalischen Chausseen und Straßen des Bezirks Leipzig, nämlich:

an der Eilenburger Chaussee,
" " Reichenbacher Chaussee zwischen Probstheida und Gruna,
" " Leipzig-Grimmaer Chaussee,
" " Coburger Chaussee zwischen Prödel und Zwenkau,
" " Frankfurter Chaussee,
" " Landsberger "
" " Delitzscher "
" " Lindenau-Knauthainer Straße und
" " Borna-Markranstädter Straße zwischen Knautnaundorf und Markranstädt

soll

Donnerstag, den 11. August d. J., Vorm. 9 Uhr

in den Localitäten der mitunterzeichneten Bauerwalterei — Schloß Pleißenburg —

gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen auf das Meistgebot verpachtet werden.

Leipzig, am 2. August 1881.

Königl. Chaussee-Inspection. Michael. **Königl. Bauerwalterei** Schurig.

Nichtamtlicher Theil

Leipzig, 6. August.

Die Wahlbewegung wird mehr und mehr von der Discussion über Handelsfreiheit und Zollschutz beherrscht, wiewohl diese Streitfrage schwerlich in der nächsten Legislaturperiode wieder den Angelpunct bilden dürfte, um welchen die parlamentarischen Kämpfe sich bewegen. Wir würden es für viel ersprießlicher halten, wenn die Regierungsorgane sich angelegen sein ließen, über das, was die Zukunft bringen soll, Klarheit zu verbreiten, anstatt sich gegen die Vertreter der Freihandelslehre in Beschuldigungen zu ergehen, die bei dem denkenden Theile der Bevölkerung doch keinen Glauben finden. Zumal wäre Klarheit wünschenswerth über die bei allen Reformen, welche geplant werden, im Vordergrunde stehende Steuerfrage. Die außerordentlichsten Dinge sind in Aussicht gestellt. Ehe man aber daran denken kann, all den versprochenen Segen aus der Reichscasse fließen zu lassen, wird es sich erst darum handeln, wo man das Geld herbekommt, und es will uns scheinen, als möchte sich in dieser Beziehung irgend Etwas entwickeln, was man gegenwärtig noch in ein künstliches Dunkel zu hüllen bemüht ist. Der Zolltarif, welcher den Wünschen weiter Kreise der Bevölkerung entgegenkam, ist doch keineswegs so über alle Anfechtung erhaben, daß er die Klerisirung der wirthschaftlichen Politik des Reichskanzlers, wie wir ihr tagtäglich in der gouvernementalen Presse begegnen, vollauf zu begründen vermöchte. Und wenn auch das Vertrauen zu dieser Politik bei einem gewissen Theile des Volkes ein kaum minder bedeutendes sein mag, als dasjenige zu der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten, so ist es doch immerhin recht fraglich, ob die Schutzzölle vom Jahre 1879 gerade eine genügende Grundlage bieten werden für die Wahl einer parlamentarischen Mehrheit, welche sich den Wählern gegenüber gebunden fühlt, die künftigen Unternehmungen des Reichskanzlers auf den wirthschaftlichen und verwandten Gebieten, welcher Art sie auch sein mögen, zu unterstützen. Denn das ist es ja doch, wonach man strebt.

Indem man die politischen Parteiunterschiede gegenüber den wirthschaftlichen Fragen zurückdrängt, und gleichzeitig die Durchführung der vom Reichskanzler gehegten Pläne mit der wirthschaftlichen Wohlfahrt der Nation identificirt, gedenkt man jenes sich selbst verdammende Parlament zu bekommen. Der voreilige Ruf: „Gegen Bismarck!" ist auf der Linken längst verklungen. Um so entschiedener heißt es auf der Rechten: „Für Bismarck!" und die Officiösen sind sofort dabei, nach dem Worte: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!" Alles, was in diesen Ruf nicht einstimmt, als dem Reichskanzler, der kaiserlichen Politik und der nationalen Wohlfahrt feindlich zu verfolgen. **Wir können nicht glauben, daß das deutsche Volk auf die Resultate der bisherigen Wirthschaftsreform hin alles Weitere einfach dem Willen des Reichskanzlers und Derjenigen, welche mit allerhand politischen Nebenabsichten sich jetzt zur Unterstützung der wirthschafts- und socialpolitischen Pläne desselben zur Verfügung stellen, überlassen wird.**

Die Augsburger „Allg. Ztg." bringt unter der drastischen Ueberschrift „In Canossa" eine Charakteristik des zum Bischof von Trier bestimmten Straßburger Domherrn Korum und des Kreises, aus welchem er hervorgeht; der offenbar genau unterrichtete Verfasser schreibt:

Es war den Umtrieben der reichsfeindlich- und extrem-ultramontanen Partei gelungen, die kaiserliche Regierung dahin zu überlisten, daß sie ihre Zustimmung zu der Wahl der Coadjutoren für Metz und Straßburg gab, welche bis dahin die Seele alles gegen die Germanisirung von Elsaß-Lothringen gerichteten Widerstandes waren. Nachdem dies den Bemühungen des Herrn T. (Tarnoski), Secretairs der Münchener Nuntiatur, gelungen war, hat derselbe kleine Herr sich vor etlichen Wochen wieder nach Straßburg begeben, um einem anderen Führer der anti-deutschen und jesuitischen Richtung zu Einfluß und Macht zu verhelfen. Herr Dompfarrer Korum, ein würdiger Priester, aber in keiner Weise ein gerade bedeutender Mann, von den Jesuiten in Innsbruck gebildet und ihr treuester Anhänger im Elsaß, war der Auserkorene, welcher in den Augen der Curie der rechte Mann war, um die Trierer Diöcese zu leiten. Man schlug ihn in Berlin vor und das Cultusministerium hat ihn angenommen. — Zunächst: welche Sitten gehörte dazu, einen den deutschen Anschauungen möglichst fremden, der deutschen Sprache kaum mächtigen (Herr Korum kann nicht grammatikalisch richtig schreiben) Geistlichen für einen solchen Posten in Vorschlag zu bringen? Kein Wunder, daß man in Trier und der ganzen Rheinprovinz sprachlos vor Erstaunen und Unwillen ist. Auch die streng kirchlichen Kreise werden diese Beleidigung nicht verwinden und die Regierung wird sich nur neue Feinde gemacht haben.... Der elsässische Klerus steht in allen Wahlen unentwegt zu der puren Opposition. In Hillisheim, dem durch die Güte des Statthalters wiederhergestellten kleinen Seminar, wird durch die jungen Abbés die Autorität des Staates wie die des greisen Bischofs tagtäglich in frechster Weise verhöhnt. Das von dem Papst den Bischöfen auferlegte und von diesen der Geistlichkeit vorgeschriebene Gebet für den Kaiser wird häufig, wenn nicht durchschnittlich, gar nicht gehalten, oder in einer Form, welche geradezu für die Majestät des Kaisers beleidigend ist. So hat der Pfarrer von Oberehnheim das Gebet für den Kaiser mit demjenigen für die gefallenen Mädchen der Pfarrei verbunden. Als vor Kurzem vertraulich bei den Behörden in Straßburg angefragt wurde, ob die katholischen Vereine im nächsten Jahre dort sagen könnten, entschied sich das Domcapitel dagegen mit der vom Bischof schriftlich eingereichten Erklärung: nous ne voulons pas des Allemands; dem Statthalter soll man gesagt haben, die Vereine seien zu extrem-katholisch! Und ein Mann wie Korum, der diese Erklärung mit unterschrieben hat, soll nun Bischof einer preußischen Diöcese werden!.... Preußen führt einen erbitterten Kampf, weil es dem Klerus nationale Bildung octroyiren will. Es schreibt in seinen Maigesetzen diesem Klerus Maturitätszeugnissen, akademisches Triennium, Culturexamen vor: es verpönt die jesuitischen Lehranstalten und erklärt, Innsbruck dürfe von preußischen Theologen nicht besucht werden. Hier liegt des Culturkampfes wahrer Kern, um dessentwillen man die Grundlagen des Staatswesens erschüttert hat. Und nun nimmt man zum Bisthumsverweser von Trier gegen den Willen der Bevölkerung einen Mann, der keine der vom Gesetz geforderten Bedingungen erfüllt und dessen reichsfeindliche Gesinnungen im Elsaß kein Geheimniß sind.

Nach dieser Schilderung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die preußische Regierung sich abermals, wie zu wiederholten Malen in früheren Fällen, betreffs einer zum Beschlusse designirten Persönlichkeit von den Klerikalen hat düpiren lassen.

Man schreibt uns zur Sache aus Berlin: Die Trierer Bisthumsfrage verschließt sich mehr und mehr zu einem bösen Gemengsel von Ueberredung auf Seiten des Staates, von Ueberlistung auf Seiten der Curie und von allgemeiner Unzufriedenheit sowohl der frommen ultramontanen als der reichstreuen Katholiken, von den andersgläubigen Gegnern römischer Prätensionen ganz zu geschweigen. Mit Befremden nimmt die politische Welt die Enthüllungen entgegen, welche Professor v. Schulte in Bonn soeben in der A. „A. Z." über den designirten Bischof von Trier, Herrn Korum in Straßburg, gemacht (denn daß jene Enthüllungen aus der Feder des bekannten altkatholischen Führers herrühren, gilt hier als feststehend). Mit noch größerem Befremden wird von den Ultramontanen die Nachricht verzeichnet, daß das Domcapitel bei der Wahl ganz außer Thätigkeit treten solle und daß der Papst den Bischof aus eigener Machtvollkommenheit ernennen werde, damit aber sind nicht nur die garantirten Rechte canonischer Körperschaften durchbrochen (was der katholischen Partei trotz aller Ergebenheit gegen Rom auch nicht ganz gleichgültig ist), sondern die Regierung setzt sich ohne Noth den gefährlichsten Reibungen mit dem Papst aus, wenn sie bei den bevorstehenden Verhandlungen das Mittelglied des Domcapitels wie in einer Versenkung verschwinden läßt. Vor allem aber würde damit die Niederlage der Curie, die sie durch die Zurückweisung de Lorenzi's seitens des Staates erlitten, auf die geschickteste Weise von der Welt verwischt werden. Der Papst kann die Friction, daß Herr de Lorenzi rechtmäßiger Capitularvicar sei, auch dann aufrecht erhalten, wenn er einen neuen Bischof an dessen Stelle ernennt; er wird alsdann eben heute so und morgen anders sich entschlossen haben. Würde er aber jetzt das Domcapitel erneut in Wirksamkeit treten lassen, so hätte er zugegeben, daß die Sedisvacanz, trotz der Wahl de Lorenzi's und gerade wegen der Ablehnung dieser Wahl durch den Staat, noch fortbestehe. Wir schöpfen diese Auffassung der Sachlage aus den uns gewordenen Mittheilungen eines in Kirchenrechtsfragen wohlbewanderten nationalliberalen Abgeordneten, der bei allem Wohlwollen, mit welchem er die Frage der Beilegung des Culturkampfes verfolgt, sich doch der schwersten Bedenken gegen das überhastete Verfahren des Herrn v. Goßler nicht entschlagen kann. Die Hauptschwierigkeit der Neubesetzung des Trierer Bischofsstuhls ist übrigens in der Presse noch gar nicht berührt worden, nämlich die Frage der Eidesleistung. Wird die Regierung dem zukünftigen Bischof Korum den Treueid erlassen (wie sie es kann)? oder wird sie wenigstens in diesem Punct sich fest erweisen? Die Arbeit wird präjudiziell sein für die nächste Zukunft. Allerdings scheint es, als ob der Bischofseid, der durch königliche Verordnung vom 6. December 1873 eingeführt ist, und der bisher noch nie zur Anwendung gekommen, zu den Concessionen der Curie an den Staat gehöre. Wenigstens wollen unterrichtete Personen auf diese Weise den Umstand deuten, daß gerade ein elsässischer und kein preußischer Priester zum Bischof designirt worden sei. Haben es doch die reichsländischen Canonici unter der Herrschaft des französischen Gesetzes schon lange verlernt, in dieser Beziehung so peinlich zu sein wie ihre Brüder in Altdeutschland. In Frankreich wird jener Eid anstandslos geleistet, trotzdem er ein viel weiter gehendes Treugelöbniß gegen den Staat vorschreibt als derjenige, der bei uns in Geltung ist. Da der letztere nicht allgemein bekannt ist, und da er schon recht bald durch die Ereignisse in den Vordergrund des Interesses geschoben werden kann, so mögen seine Hauptstellen hier wiedergegeben werden. Es heißt darin: „Ich .... schwöre, daß ich .... die Gesetze des Staates gewissenhaft beobachten und besonders dahin streben will, daß in die Gemüther der meiner bischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthan bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden, und daß ich nicht dulden will, daß von der mir untergebenen Geistlichkeit im entgegengesetzten Sinne gelehrt und gehandelt werde. Insbesondere gelobe ich, daß ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder außerhalb des Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnte u. s. w., u. s. w."

Die „Wiener Abendpost" schreibt über die Kaiserzusammenkunft in Gastein: Mit aufrichtiger Freude begleiten die Völker die neuerliche herzliche Begegnung ihrer geliebten Herrscher, deren, wie seit einer Reihe von Jahren, sich auch heuer erneuerndes Zusammentreffen abermals Zeugniß giebt von dem unwandelbaren Freundschaftsbande, welches die beiden Souveräne und ihre Staaten mit einander verknüpft. In allen Gauen Oesterreich-Ungarns erblickt man in der Wiederholung dieser Zusammenkünfte eine neue Bekräftigung des segensreichen Bundes und ein Unterpfand für den beiden Staaten zum Heile gereichenden und für alle Zukunft ungetrübten Fortbestand desselben.

Es geht das Gerücht, daß gegen eine ganze Reihe hervorragender liberaler Blätter, welche Zweifel an der Echtheit des Drohbriefes an den Kanzler geäußert haben, wegen Bismarckbeleidigung Anklage erhoben werden soll. Man darf auf die Geschicklichkeit des Staatsanwalts gespannt sein, der diesen Preßproceß zu leiten und nun gar siegreich durchzuführen unternimmt. Was die Untersuchung gegen die Urheber der Drohbriefe aus Hamburg und Frankfurt a. M. betrifft, so wird über dieselbe ein so tiefes Geheimniß bewahrt, daß sicherlich nicht eher als bis nach zuverlässiger Erhebung der Verfasser Licht über diese dunkle Angelegenheit verbreitet werden dürfte. Im Uebrigen scheint der gegen den Fürsten Bismarck verübte Unfug ebenso wie mancher andere moralische Excess die pathologische Wirkung zu üben, daß sich aller Orten Nachahmer finden. Ein bekannter Abgeordneter ist erst neulich mit einem anonymen Drohbrief aus dem ultrareactionairen Lager beehrt worden. Der Adressat wird auf die Veröffentlichung des lächerlichen Machwerks vermuthlich verzichten.

Wir erfahren aus guter Quelle, daß die Dispositionen an maßgebender Stelle bisher dahin gehen, die Reichstagswahlen auf einen Termin gegen Ende October anzuberaumen. Die Annahme, daß der neugewählte Reichstag noch in diesem Jahre zusammentreten werde, um seine Arbeiten vor dem preußischen Landtage zu erledigen, ist unzutreffend. Vielmehr wird der Landtag im November eröffnet werden, und, wie bisher üblich, der Reichstag seine Sitzungen im Laufe der ersten Monate des nächsten Jahres beginnen.

Aus Kiel meldet die „Tribüne" vom Donnerstag: Ein außerordentliches Ereigniß bewegt alle Bevölkerungskreise. Seit längerer Zeit liegen im Kieler Hafen zwei angeblich von England aus für griechische Rechnung in Bestellung gegebene, auf der Howaldt'schen Werft hierselbst gebaute Dampfschiffe „Diogenes" und „Sokrates". Vor einigen Tagen ging vom Minister des Innern bei dem für diese Angelegenheit ernannten Regierungscommissar, Stadtrath Lorenzen, der Befehl ein, das Auslaufen der beiden Schiffe zu verhindern. Als gestern Nachmittag auf dem „Diogenes" Dampf gesetzt wurde, um angeblich eine Fahrt im Binnenhafen zu machen, kam ein kaiserliches Marineboot an Bord, dessen Officier die sofortige Beschlagnahme im Auftrage der Regierung ankündigte. Marine-Ingenieure, die sogleich folgten, nahmen darauf die Maschine auseinander, um sie vollständig unbrauchbar zu machen. Hierauf, Abends 7 Uhr, besetzte ein Commando vom Wachtschiff „Arcona" den „Diogenes". Das Gleiche geschah schließlich beim „Sokrates". Die Corvette „Blücher" hat sich vor beide Schiffe zur Bewachung hingelegt. — Ueber die Ursache des Einschreitens hieß es, daß die Schiffe nicht für Griechenland, sondern entweder für die Nihilisten oder die Fenier, nach anderer Version, daß sie für die peruanischen Insurgenten gebaut seien. — Nach hiesigen Nachrichten soll in der That die peruanische Regierung dieselben für Kriegszwecke bestellt haben.

In Brünn gab es am Mittwoch Abend im Garten des „Besedny dum" (slavisches Vereinshaus) einen großen Skandal, über den folgendes erzählt wird: „Im Garten concertirte eine ungarische Capelle. Nachdem über eine Stunde Tanzstücke und czechische Nationallieder gespielt worden waren, wobei ungemein applaudirt wurde, begann die Capelle einen Csardas und ging dann in die „Wacht am Rhein" über. Sofort ließ sich ein gelindes Zischen vernehmen, die Capelle begann sodann „Oesterreich, mein Vaterland!", wobei die anwesenden Deutschen, etwa 25, applaudirten und riefen: „Hoch Oesterreich!" Dies brachte die Czechen derart außer Fassung, daß sie pfiffen, schrieen, mit den Gläsern auf die Tische schlugen u. s. w.; den Musikanten wurden die Instrumente weggerissen und die Noten weggenommen. Als darauf Jemand rief: „Hoch Oesterreich, schlecht Derjenige, der nicht mitruft!", da ertönte sofort das Hepp-Hepp-Geschrei und „Wir sind keine Preußen!" (!) Man drang auf die anwesenden Deutschen, die sich schleunigst flüchten mußten, ein. Als schließlich der Radetzky-Marsch und die Volkshymne ertönten, rührten die Czechen keine Hand, sondern schrieen den Deutschen Schimpfworte nach.

Die tumultuarischen Scenen, welche der Deputirte Bradlaugh im Vorsaale des englischen Parlaments hervorgerufen hat, so daß er gewaltsam aus dem Parlamentsgebäude entfernt werden mußte, waren anscheinend von langer Hand geplant. Am Tage nachher hatte Bradlaugh eine Volksversammlung einberufen, welche etwa 15,000 Personen zählte und auf Trafalgar Square tagte. Der Agitator, welcher von einer zwischen den Löwen der Nelsonsäule aufgestellten Tribüne herab sprach, stellte zunächst in Abrede, daß die Versammlung, welche von mehr als 30 Städten beschickt war, eine Drohung gegen das Parlament wäre, das englische Volk habe das Recht, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Zugleich kündigte der Redner an, daß er am nächsten Tage versuchen würde, seinen Sitz im Unterhause einzunehmen. „Ich weiß nicht", äußerte Bradlaugh unter Anderm, „was kommen wird; jedenfalls werde ich mein Bestes thun, das Vertrauen der Wähler von Northampton zu rechtfertigen. Ich werde vielleicht brechen, aber mich nicht beugen; ich werde vielleicht geschlagen werden, aber nicht weichen." Tags darauf versuchte er dann, seinen Plan in der bereits telegraphisch signalisirten Weise auszuführen; der Sprecher des Unterhauses hatte aber die geeigneten Vorsichtsmaßregeln getroffen, welche auch die Billigung der Majorität des Hauses fanden, während der Antrag Labouchere's, auszusprechen, daß die Beamten des Hauses ihre Vollmachten überschritten und die Privilegien eines Abgeordneten verletzt haben, mit großer Majorität abgelehnt wurde. Da Bradlaugh einen Polizeicommissar, der ihn am Eindringen in den Versaal des Parlaments verhinderte, beim Polizeigericht belangt hat, wird nun auch das letztere Gelegenheit haben, sich in der vielerörterten Privilegienfrage zu äußern.

Der Staatsdampfer „Izzedin", an dessen Bord sich die Sultansmörder befinden, hat auf der Fahrt von Konstantinopel nach Djeddah in Rhodos angelegt, um Kohlen einzunehmen. Keiner der Gefangenen durfte landen. Sie sind in abgesonderten Kajüten untergebracht und der Verkehr untereinander ist ihnen nicht gestattet. Am 1. d. M. passirte der Dampfer Suez. An Bord des Schiffes befinden sich, wie der „Bohemia" aus Alexandrien gemeldet wird, ein Flügel-Adjutant und ein Secretair des Sultans, dann ein Arzt und mehrere Polizisten. Die Gefangenen werden von Djeddah aus auf Kameelen nach Taif gebracht werden. Eine Schwadron Cavallerie wird sie gegen Beduinen beschützen.

Der „Interocean", ein in Chicago erscheinendes Blatt, veröffentlicht Nachrichten aus Peoria (Illinois), denen zufolge P. W. Crowe, der irische Scharmützler, zugiebt, die Kisten angefertigt zu haben, in denen die unlängst in Liverpool mit Beschlag belegten Höllenmaschinen verpackt waren, sowie daß er das Innere derselben in New-York habe anfertigen lassen, wo mehr Maschinen ähnlicher Gattung hergestellt würden. Crowe soll ferner geäußert haben, der durch ihn vertretene Verein glaube nicht, einer gerichtlichen Verfolgung zu verfallen, und werde in seinem Werke fortfahren, bis England Irland Gerechtigkeit widerfahren lasse. Außer diesem Helden von Peoria brüstet sich auch ein gewisser O'Hara in St. Louis damit, die Uhrwerke für die Höllenmaschinen der „Malta" angefertigt zu haben. Es scheint fast, als ließen die Lorbern O'Donovan Rossa's seine Landsleute nicht schlafen; besonders seit ihnen geriebene „Ferkelstecher" die Versicherung gegeben, daß ihre Maulfechtereien ungefährlich seien und dem Staatsanwalt keine Handhabe zur Verfolgung bieten, „as this is a free country!" Der Held von St. Louis, dessen Prahlereien die „St. Louis Post" abdruckt, nimmt den Mund denn auch im Vollgefühl seiner Sicherheit gewaltig voll. Er behauptet, daß die Höllenmaschinen in Liverpool an Bord eines englischen Panzerschiffes eingeschmuggelt werden sollen. Seit dem 20. Juni seien sechsundachtzig derartige Maschinen verschifft und er sei gewiß, daß fünfzig derselben in Sicherheit in England eingeschmuggelt seien. Der Zweck dieser Maschinen sei die völlige Vernichtung der englischen Flotte, als die wirksamste Art der Vernichtung der englischen Herrschaft. So albern diese Drohungen auch klingen mögen, so erhalten sie doch einen seltsamen Ernst, wenn man ihre Uebereinstimmung mit den Aufzeichnungen bedenkt, die in dem Tagebuche des in Liverpool verurtheilten Dynamitheldes Mac Grath gefunden sind. Und was der ehrenwerthe O'Hara weiter erklärt, bestätigt in unverhohlener Weise, daß wir es hier mit einem Kleinkriege des Fenierthums zu thun haben, der alle Schrecken der berüchtigten Carlisten-Aufstände oder der Raubzüge der Sioux in den Schatten stellt. O'Hara behauptet, daß tausend Mann sich mit ihm verschworen haben, einen „offenen Krieg" gegen die englische Krone zu führen. „Wir sind Rebellen und widersetzen uns der Regierung Ihrer Majestät. Die Wissenschaft ermöglicht es heute dem Einzelnen, Tausende auf einmal zu tödten. Das ist nicht Meuchelmord, es ist ein persönlicher Krieg." Der Bericht des Blattes von St. Louis, dem selbstverständlich die Verantwortung für die Wahrheit seiner Behauptungen überlassen bleiben muß, fügt hinzu, daß dem Schreiber des Artikels die Werkstätte gezeigt worden, in welcher die Maschinen gemacht wurden, sowie einige fertige Maschinen. Wir haben es also mit einem Falle zu thun, welcher dem Alabama-Falle gleicht wie ein Ei dem andern: Die Republik führt Krieg mit Rebellenstaaten; englische Speculanten bauen diesen ein Schiff und die Regierung duldet, daß dasselbe ausläuft, liefert also den Feinden eines befreundeten Staates Waffen. England wird vom Schiedsgericht verurtheilt und „als eine handeltreibende und nicht eine kriegerische Nation" zahlt es ohne Murren die hohe Strafe. Heute dreht sich der Spieß um: England ist es, welches Krieg führt mit den Rebellen, einen Krieg, den diese so offen verkünden, als die Südstaaten gethan hatten. In Amerika baut man Maschinen, welche allerdings geeignet sind, die ganze englische Flotte „in die Luft zu blasen"; die Verfertiger derselben rühmen sich offen dieses „persönlichen Krieges" — und was thut die amerikanische Regierung? Hoffentlich wird sie sich ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen klar und verfährt mit den Herren Crowe und O'Hara nicht gelinder, als man im schönen Süden der Union mit armen Teufeln von Pferdedieben verfährt: man bewilligt ihnen ein kurzes Gebet und einen langen Strick zwischen zwei herabgebogenen jungen Bäumen.

Zum Säculargedächtniß H. G. Francke's.

K. Wh. Leipzig, 5. August. Ein Jahrhundert hat sich nächster Tage erfüllt seit dem Heimgang eines um die Wissenschaft überhaupt und um die Studentenschaft Leipzigs insbesondere verdienten Professors unserer Hochschule, des weiland kaiserlichen Hofpfalzgrafen und Decemvir der Universität, Prof. Dr. jur. Heinrich Gottlieb Francke, Stifters der seines Namens Gedächtniß fortführenden Stipendien bei der philosophischen Facultät.

Francke war ein geborener Vogtländer. Sein Geburtsort liegt bei dem weimarischen Städchen Weida und heißt Teichwitz. Als 19jähriger Jüngling kam er 1724 nach Leipzig auf die hohe Schule, um die Rechte zu studiren, erlangte nach dreizehn Jahren die Advocatur hierselbst, nachdem er sich durch gelehrte Schriften bereits bekannt gemacht hatte („Verbesserte genealogische Fragen, Frankfurt und Leipzig 1733; Tricennarius Sancti Romani Imperii e diplomatibus restitutus, Leipzig 1836 ꝛc.). Im Jahre 1745 gab er „Kaiser Francisci Wahlcapitulation und Reversales" heraus. Drei Jahre später wurde er Professor des deutschen Staatsrechts an der Universität und saxonisirt, d. h. der sächsischen Nation bei der Hochschule zugetheilt, obgleich ihn seine Abstammung wohl einer anderen von den vier Nationen zugewiesen hätte.

Im nächsten Jahre erhielt er den Pfalzgrafentitel. Von der Juristenfacultät kam er vierzehn Jahre nach seiner Habilitirung als Professor der aristotelischen Ethik und Politik zur philosophischen Facultät, und zuletzt wurde er „Decemvir perpetuus" der Universität, was eins der ersten Ehrenämter war.

Als Goethe 1765 hierher kam, hätte er wohl bei Francke hören können. Nach v. Biedermann's Untersuchungen über Goethe's Leipziger Jahre geschah Dies nicht.